

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 824

Mittwoch, 05. März 2025

32. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

<i>Die Mauer der geöffneten Augen: ein Raum der kollektiven Erinnerung an die Verschwundenen.....</i>	<i>1</i>
<i>Vertrag zwischen USA und Guatemala zur Erweiterung des Hafens von Puerto Quetzal.....</i>	<i>2</i>
<i>Laguna Lachuá: 48 Stunden Landbesetzungen und eine gewaltsame Vertreibung.....</i>	<i>3</i>
<i>Kongress: Diäten der Abgeordneten steigen um mehr als 60 %!.....</i>	<i>4</i>
<i>CC soll das CSJ anweisen, ein Ermittlungsverfahren der FECCI gegen Arévalo einzufordern.....</i>	<i>5</i>
<i>Kongress setzt die Kommission für Menschenrechte ein.....</i>	<i>6</i>
<i>Preis für die exilierte Staatsanwältin Virginia Laparra.....</i>	<i>6</i>

[Die Mauer der geöffneten Augen: ein Raum der kollektiven Erinnerung an die Verschwundenen](#)

Guatemala, 25. Februar - Margarita Alvarado, Magdalena Matías und Marco Antonio Molina Theissen sind nur einige der rund 200.000 Ermordeten und 45.000 Verschwundenen der Militärdiktaturen, die von 1960 bis 1996 Terror im Land verbreiteten.

Am 25. Februar wurden ihre Namen wie jedes Jahr auf Kreuzen, Porträts und Plakaten in den Strassen von Guatemala-Stadt verewigt. Während der Aktivitäten prangerten die Frauen der Achí, die Frauen der Ixil und die Grossmütter von Sepur Zarco, der Nationale Koordinator der Witwen Guatemalas (CONAVIGUA), die Vereinigung der Angehörigen der Inhaftierten Guatemalas (FAMDEGUA), die Gruppe zur gegenseitigen Unterstützung (GAM), die Vereinigung der Universitätsstudent*innen (AEU), das Menschenrechtsbüro des Erzbistums Guatemala (ODHAG), die Wächter*innen für die Würde des Staates, die Vereinigung „Wahrheit und Leben“ und andere Organisationen, die die Nationale Plattform der Opfer des Internen Bewaffneten Konfliktes (CAI) bilden, die Gleichgültigkeit der Regierung von Bernardo Arévalo gegenüber den Überlebenden und ihren Familien an. Dabei wurde dieser von den indigenen Gemeinden des Hochlandes massiv unterstützt.

„Seit mehr als fünf Jahren gibt es keine einzige Massnahme zur Wiedergutmachung für die Opfer des internen bewaffneten Konflikts“, sagte Feliciano Macario, Vertreterin von CONAVIGUA. „Stattdessen wurde eine Budgetverlängerung genehmigt, um die Militärs, die an den Verbrechen der Vergangenheit beteiligt waren, weiter zu bezahlen“.

Die Nationale Plattform fordert, dass Präsident Arévalo das Regierungsabkommen zur Schaffung des Nationalen Plans zur Würdigung und Wiedergutmachung, die Pläne zur Suche nach Verschwundenen sowie für die historischen Archive und das Gedenken genehmigt. Zudem ersucht sie die Justiz und das Verfassungsgericht (CC), die Beschlüsse in den Völkermordfällen CREOMPAZ und Ixil aufzuheben, in denen sich die Gerichte weigerten, die unter dem Mandat von Romeo Lucas García verübten Massaker an der Zivilbevölkerung anzuerkennen. Ausserdem fordert sie, dass die Staatsanwaltschaft die Kriminalisierung von Gemeindeautoritäten, die an die Verfolgungen während der Diktaturen erinnert, zu beenden sowie den Rücktritt von Generalstaatsanwältin Consuelo Porras.

Der Weg der Erinnerung

Der Marsch ging vom Obersten Gerichtshof in Zone 4 zur Zone 1. An der Pasaje Rubio (6. Avenida, 9. calle), wo der Studierendenführer Oliverio Castañeda de León am 20. Oktober 1978 ermordet wurde, hielten die Demonstranten an, um das Leben von Oliverio und anderen Lehrer*innen, Arbeiter*innen und Studierenden zu ehren, die wie er für ihren Aktivismus und ihre Ideale verfolgt wurden. „Von den Klassenzimmern der Universität aus wollen wir unsere uneinge-

schränkte Solidarität und unseren Respekt für diejenigen zum Ausdruck bringen, die auf der Suche nach Gerechtigkeit, Frieden und Würde gelitten, gekämpft und ihr Leben gelassen haben. Wir preisen ihren Widerstand, ihre Stärke und ihren Mut (...). Ihr Vermächtnis inspiriert uns, weiter für ein gerechteres Land und eine mafiafreie Universität zu kämpfen“, so die Botschaft eines Vertreters der AEU.

Auf der Plaza de las Niñas - benannt nach den 56 Opfern und Überlebenden des Brandes im Waisenhaus „Jungfrau der Auferstehung“ [am 8 März 2017, d.Red.] - beschworen spirituelle Führer in einer Maya-Zeremonie die Kraft, die Suche nach den Verschwundenen, den Leichen der Ermordeten und die Gerichtsverfahren gegen die Verantwortlichen für die Massaker und die sexuelle Gewalt fortzusetzen.

Die Geschichte

Die Kommission für historische Aufklärung (CEH) dokumentierte 200.000 Morde, 45.000 gewaltsame Verschleppungen, 1.465 Verbrechen sexueller Gewalt gegen Frauen und mindestens eine halbe Million Vertreibungen als Folge der Aufstandsbekämpfungsstrategien, die von der guatemaltekischen Armee und ihren paramilitärischen Kräften 36 Jahre lang hauptsächlich gegen die Maya-Bevölkerung durchgeführt wurden. Ein Fünftel der Opfer dieser Verbrechen waren Kinder, und ein Drittel der sexuellen Übergriffe wurde an minderjährigen Frauen verübt.

Dank der Aussagen der Überlebenden und der von ihnen angestrebten Gerichtsverfahren konnte bei vielen der Militäroperationen die Absicht der Ausrottung der indigenen Bevölkerung festgestellt und die Anwendung sexueller Gewalt bei diesen Operationen anerkannt werden.

Nach dem Marsch auf der Plaza de las Niñas richtete ein Vertreter der Nationalen Plattform einige Worte an die Menschen, die in den Gemeinden und Universitäten Einfluss und Leitungsfunktionen hatten und die wegen ihres Einsatzes gegen die Verbrechen der Diktaturen kriminalisiert und ermordet wurden.

„Wir führen diesen Kampf im Gedenken an die Hunderte und Tausende von Menschen, die heute nicht unter uns weilen. Wir alle, die wir aus den verschiedenen Gebieten dieses Landes kommen, sind gekommen, um sie zu ehren, um von ihrem Andenken zu sprechen, aber vor allem, um ihren Kampf fortzusetzen. Sie waren keine Kriminellen, sie haben kein Verbrechen begangen, sondern sie haben für ein verändertes Guatemala gekämpft.“ (Prensa Comunitaria)

Vertrag zwischen USA und Guatemala zur Erweiterung des Hafens von Puerto Quetzal

Guatemala, 24. Februar – Beim Besuch des US-Außenministers, Marco Rubio am 4. und 5. Februar wurde vereinbart, den Hafen von Puerto Quetzal auszuweiten.

Rubio hatte damals gesagt, er werde dieses Unterstützungsschreiben gerne unterzeichnen, insbesondere aber freue er sich über die Möglichkeit, dass das Ingenieurskorps der US-Armee mit der guatemaltekischen Regierung zusammenarbeiten könne, um die notwendigen Pläne für die Entwicklung eines moderneren Hafens zu erstellen.

Am 24. Februar erklärte Antonio Lemus, Präsident des Verwaltungsrats des Betreibers des Hafens, Empresa Portuaria Quetzal (EPQ), dass die Kapazität des Hafens Quetzal nicht der aktuellen Nachfrage entspreche. Er fügte hinzu, dass der Ausbau schon vor 30 Jahren hätte erfolgen müssen, denn der Hafen verfüge weiterhin nur über vier Kais von je 800 Metern Länge.

Der Verteidigungsminister Henry Sáenz wies darauf hin, dass die Beteiligung der Vereinigten Staaten an diesem Projekt bereits mit den Besuchen von Laura Richardson, der Leiterin des Südlichen Kommandos der US-Streitkräfte, zwischen April und Oktober 2024 in Guatemala und zwei Besuchen guatemaltekischer Regierungsdelegationen in den Vereinigten Staaten zwischen Juni und September 2024 begonnen habe. Nachdem Marco Rubio den Ausbau des Hafens bei seinem Besuch Anfang Februar 2025 verkündet hatte, sei letzte Woche eine US-Delegation im Land eingetroffen, um das Gelände zu besichtigen und zu studieren. „Die Machbarkeitsstudie wird den Zeitplan und die Logistik des Projekts bestimmen und das Datum für Mai festlegen, um die verschiedenen Phasen der Planung, des Entwurfs und des Baus voranzutreiben“, sagte Minister Sáenz.

Der EPQ-Vorstandsvorsitzende, Vizeadmiral José Antonio Lemus, erklärte, dass es für den Ausbau des Hafens zwei Möglichkeiten gebe: erstens, sich an den privaten Sektor zu wenden. Dieser habe allerdings auf den Aufruf zu Investitionen nicht reagiert, sodass die zweite Möglichkeit ist, die US-Ingenieure zu fragen, die auf diesem Gebiet international anerkannt seien. Für Saenz ist die Ankunft der Delegation des Ingenieurkorps nur ein Vorgeschmack auf das, was in einigen Monaten geschehen werde. „Die Entscheidung wird im Mai mit der Unterzeichnung einer Absichtserklärung, in der das Engagement festgelegt wird, in die Tat umgesetzt“, sagte er. Darüber hinaus sagte er, dass ein Betrag über die Kosten des Projekts erst festgelegt werden könne, wenn die Planung im Mai abgeschlossen sei, wenn dann eine zehnpromzentige Zahlung an das US-Ingenieurkorps geleistet werde, die durch ein Darlehen bezahlt werden könne. Der Gesamtbetrag könne getilgt werden, wenn die Erweiterung abgeschlossen ist, was für 2027 geplant sei.

Der Hafen Quetzal wurde 1980 während der Diktatur von Fernando Romeo Lucas García gebaut. Unter den Regierungen von Álvaro Arzú (2004-2008), Óscar Berger (2008-2012) und Otto Pérez Molina (2012-2015) wurden drei Terminale gebaut, zwei für Kohle- und andere Waren, eines für den Tourismus. (Prensa Comunitaria)

Laguna Lachuá: 48 Stunden Landbesetzungen und eine gewaltsame Vertreibung

Guatemala, 21. Februar - Der Nationalpark Laguna Lachuá, eines der biologisch vielfältigsten Schutzgebiete des Landes und Lebensraum für eine Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten, war erneut Ziel einer versuchten illegalen Besetzung, von denen es bisher zwölf gab. Der 1996 zum Schutzgebiet erklärte Park befindet sich im Departement Alta Verapaz, 360 Kilometer von der Hauptstadt entfernt, an der Strasse von Cobán nach Chisec, auf dem Weg nach Playa Grande, der Gemeindehauptstadt von Ixcán, Quiché.

Am 15. Februar drang eine Gruppe von etwa 50 Personen aus den Landkreisen Cobán und Chisec in Alta Verapaz in den Nationalpark ein und liess sich am Ufer der Franja Transversal del Norte (FTN) nieder, wo sie Bäume fällten und Hütten mit Nylonplanen bauten.

Am Eingang des Ortes, an dem die Gruppe ihr Lager aufschlug, brachten sie ein Transparent an, auf dem zu lesen war: „WILLKOMMEN, Gemeinde Quince de Febrero, Cobán, Alta Verapaz“. Darin beriefen sie sich auf Artikel 66 der politischen Verfassung der Republik Guatemala und Artikel 18 des Gemeindegesetzes. Der Verfassungsartikel bezieht sich auf die staatliche Anerkennung der „Lebensweise, Sitten und Gebräuche, Traditionen und Formen der sozialen Organisation“ der indigenen Völker, während Artikel 18 sich auf ihre Organisationsformen bezieht, „ihre eigenen und traditionellen Formen, die sich innerhalb der verschiedenen Gemeinschaften ergeben“.

Der Nationale Rat für Schutzgebiete (CONAP) und das Nationale Forstinstitut (INAB), die für den Schutz und die Pflege des Parks zuständig sind, baten die Polizei um Hilfe, um die Familien zu vertreiben. „Als die Menschen den Park betraten, versuchten wir, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Wir sagten ihnen, dass das Gebiet ein Schutzgebiet sei und dass sie gehen sollten, aber sie weigerten sich zu gehen, mit dem Argument, dass sie das Land brauchten“, sagte ein Parkverwalter gegenüber Prensa Comunitaria, der aus Angst vor Repressalien ungenannt bleiben wollte. Die Familien besetzten nach Angaben des Parkpersonals etwa zwei Blöcke Land im Park.

Eine gewaltsame Räumung

Der Nationalpark Laguna Lachuá erstreckt sich über eine Fläche von 14.301 Hektar, aber seine biologische Vielfalt ist durch illegale Übergriffe bedroht. Im Jahr 2023 wurden in dem Schutzgebiet mindestens zwei Besetzungsversuche registriert, und der am 15. Februar gemeldete war der erste in diesem Jahr, so die CONAP. Nach dessen Angaben wurden 12 illegale Besetzungen in dem Schutzgebiet registriert, die letzte im Mai 2024. Die ersten Übergriffe wurden zwischen 2009 und 2010 registriert und 3.000 Hektar bzw. 21 % des Parks wurden besetzt.

Am Sonntag, dem 16. Februar, leitete die Parkverwaltung erste Schritte ein, um die Familien aus dem Gebiet zu vertreiben. Am 17. Februar nach 14 Uhr waren auf richterlichen Beschluss hin eine Gruppe der Nationalen Zivilpolizei (PNC), die Abteilung für Spezialkräfte der Polizei (DIFEP), die Staatsanwaltschaft (MP) und andere Stellen anwesend, um die Räumung durchzuführen. Auch Mitarbeiter*innen des Büros des Ombudsmanns für Menschenrechte (PDH), eine regionale Delegation des INAB, die Generalstaatsanwaltschaft der Nation (PGN), die Freiwillige Feuerwehr von Ixcán und Bedienstete der Departementsregierung von Alta Verapaz trafen vor Ort ein.

Die Behörden der Gemeinden Santa Lucia Lachuá, San Marcos Lachuá und San Luis Vista Hermosa de Cobán brachten ihre Ablehnung der versuchten erneuten Invasion in den Park zum Ausdruck und bekundeten ihre Unterstützung für das Vorgehen der staatlichen Stellen. Während der Räumung gab der Vertreter der Staatsanwaltschaft, der für das Verfahren zuständig war, den Familien, die den Platz besetzt hatten, 10 Minuten Zeit, um ihn zu verlassen. Als diese Zeit um war, betraten Mitarbeiter der PNC den Ort der Besetzung.

Die Familien verliessen das Gelände nicht, und einige Männer und Frauen gaben an, dass sie nur unter Einsatz ihres Lebens von dem Gelände entfernt werden würden. Andere baten um ein Fahrzeug, um ihr Hab und Gut mitzunehmen und das Gebiet friedlich zu verlassen, während wieder andere forderten, dass auch die anderen besetzten Bereiche des Parks geräumt werden sollten.

Während der Räumung leisteten mehrere Familien Widerstand und begannen, Steine und Stöcke zu werfen. Die Polizei nahm daraufhin einige von ihnen vorübergehend fest, darunter auch mehrere Frauen, die von Minderjährigen begleitet wurden. Währenddessen waren in dem von den Familien besetzten Raum mehrere Schüsse zu hören, die die Anwesenden, darunter auch Journalist*innen, zwangen, in Deckung zu gehen.

Die Polizei feuerte Tränengaskanister ab, woraufhin die Familien flüchteten und in einem Bauernhof neben dem Park Zuflucht suchten. Nach der Konfrontation transportierte die Freiwillige Feuerwehr von Ixcán einen Mann, der angeschossen und verletzt worden war, in das Gesundheitszentrum für Frauen und Kinder (CAIMI).

Obwohl es nicht möglich war, einen offiziellen Bericht über die Ergebnisse der Räumung zu erhalten, so wurde gesagt, dass die Behörden vier Motorräder, die den Besetzern gehörten, sowie Macheten beschlagnahmten.

Ohne nähere Details zu nennen, bestätigte die Departementsverwaltung auf ihrer Webseite die Verhaftung von Personen, die dem zuständigen Gericht übergeben wurden, damit ihre Situation auf dem Rechtsweg geklärt werden kann.

UVOC unterstützt keine derartigen Besetzungen

Zu den Vorgängen im Nationalpark gibt es unterschiedliche Positionen. Die Einheit der Bauernorganisationen von Verapaz (UVOC), in der etwa 300 Gemeinden zusammengeschlossen sind, die in sechs Departements, darunter auch in den Verapaces, für die Rückgewinnung von Land kämpfen, distanzierte sich von den Aktionen der Familien.

Hintergrund dieser Distanzierung war, dass das Logo der Bauernorganisation an einem Ende des Banners zu sehen war, das bei der Besetzung eines Teils des Parks angebracht wurde. „Der Nationale Politische Rat, das technische Team und die Gebietsleitungen wussten nicht, dass das Banner von dieser Gruppe verwendet wird, so dass diese Gruppe das Logo und den Namen der Organisation unrechtmässig verwendet hat. Die Verteidigung und Rückeroberung des Landes durch UVOC basiert auf Respekt, der Gesetzestreue und einem konstruktiven Dialog“, so die Organisation in einem Kommuniké. Sandra Calel, Mitglied von UVOC, wies darauf hin, dass die Organisation die Gemeinden, die ihr Gebiet verteidigen, in rechtlichen und juristischen Angelegenheiten und bei Gesprächen begleitet. Sie kenne die Gruppen, die in das Gebiet eingedrungen seien, nicht. UVOC respektiere die Schutzgebiete, weil diese für die Bevölkerung wichtig seien.

Bernardo Caal, ein Menschen- und Landrechtsverteidiger, sagte zu diesem Fall, dass die Frage der Landbesetzungen mit der historischen Enteignung indigener Völker zu tun habe, die unter falschem Vorwand von ihrem Land enteignet wurden. „Ich sehe, was im Park und an anderen Orten geschieht. Das hat auch mit der Armut zu tun, die dazu geführt hat, dass Familien unter Vorspiegelung falscher Tatsachen ihres Landes beraubt wurden“, so Caal, der hinzufügte, dass es die Pflicht des Staates sei, sich um das Agrarproblem zu kümmern. Das geschehe aber nicht.

Für Sandra Calel zielt die Verwendung des Logos der Bauernorganisation bei dieser Art von Aktionen darauf ab, die Organisation und die Rolle, die sie bei der Lösung von Agrarkonflikten zusammen mit der Regierung gespielt hat, zu diffamieren.

Hohe biologische Vielfalt

Die Ökoregion Lachuá wurde 2008 international als Feuchtgebiet von globaler Bedeutung, anerkannt und als erster Modellwald Guatemalas in das lateinamerikanische Modellwald-Netzwerk aufgenommen.

Der Park hat einen der höchsten Werte an biologischer Vielfalt im Land, seine Vegetation ist sehr reichhaltig und vielfältig und es gibt Baumarten wie z.B. Mahagoni, Ceibas, Chicozapotes und Rosul. Im Park gibt es eine grosse Vielfalt an Tieren, darunter mehr als 30 Reptilien- und Amphibienarten sowie mehr als 130 Säugetierarten wie Jaguar, Tapir, Puma und Brüllaffe. Auch 177 Vogelarten, darunter Wasser- und Zugvögel, wurden gemeldet. Der Park erstreckt sich über eine Fläche von 14.301 Hektar tropischen Regenwaldes und ist rechtlich im Besitz des guatemaltekischen Staates als Finca Nr. 9712, in dem Band 212 und dem Buch 80E von Alta Verapaz eingetragen, nachdem diese rechtliche Massnahme durch das Regierungsabkommen 719-2003 genehmigt worden war.

Der Park wurde 1975 mit der Abgrenzung des Lachuá-Reservats durch das Nationale Institut für Agrarreformen (INTA) geschaffen. Im Jahr 1989 wurde er durch die Gesetzesverordnung 4-89 des Gesetzes über Schutzgebiete in das nationale System der Schutzgebiete (SIGAP) aufgenommen. Gegenwärtig ist der Park mit verschiedenen Problemen konfrontiert, die den Verlust und die Zerstörung der biologischen Vielfalt bedrohen, hauptsächlich verursacht durch die bisher zwölf illegalen Besetzungen innerhalb des Parks.

Nach Angaben der Parkverwaltung leben mehr als 250 Familien in den Gebieten Yalcobe, Secocpur, Sajobche, Michbilrixpu, La Unión, Sepichel, Monjon Zapotillo, Monjon Cuachil, Monjon Cacao, Limite Río Tzetoc und im Gebiet des Río Quixpur. Laut CONAP habe er zwar gemeinsam mit dem INAB Anzeige erstattet, aber es sei Aufgabe der Staatsanwaltschaft, die Hintermänner der Besetzungen zu ermitteln. (Prensa Comunitaria)

Kongress: Diäten der Abgeordneten steigen um mehr als 60 %!

Guatemala, 25. Februar – Es ist etwas unklar, ob es einen definitiven, rechtsgültigen Beschluss gibt oder ob dieser noch in einer internen rechtlichen Prüfung befindet. Es geht darum, die Gehälter der Abgeordneten an die der Richter*innen des Berufungsgerichts anzugleichen. Nach dem Gesetzentwurf 10-2025 wird das monatliche Gehalt eines jeden Abgeordneten von 29.150 Q (= 3.595 €) auf 46.700 Q (= 5.759 €) steigen, was eine Erhöhung um 60,2 % entspricht. Bei den Mitgliedern des Präsidiums, die im Zusammenhang mit ihrem Amt noch andere Einkünfte beziehen, könnte der Betrag noch höher ausfallen. Bei Umsetzung würde der Kongress damit zusätzliche 2,8 Mio. Q (= 345.290 €) pro Monat bzw. 33,7 Mio. Q (= 4.155.817 €) pro Jahr zur Verfügung stellen müssen.

Erhöhung laut Protokoll bereits genehmigt

Dem Protokoll 10-2025 ist zu entnehmen, dass das Präsidium des Kongresses die Entscheidung bereits am 4. Februar 2025 getroffen hat, als sieben von acht anwesenden Abgeordneten für die Gehaltserhöhung gestimmt haben. Dem Dokument zufolge handelt es sich um eine rückwirkende Massnahme, so dass die neuen Gehälter ab dem 1. Februar 2025 gelten sollen. Das Verfahren begann mit einer Konsultation der Justizbehörde (OJ), um die Bezüge der Richter*innen am Berufungsgericht zu ermitteln. Deren offizielle Antwort vom 3. Februar 2025 diente dem Präsidium als Grundlage für die Genehmigung der Haushaltsänderung.

Rechtliche Forderungen des Verfassungsgerichts

Das Verfassungsgericht (CC) schaltete sich in die Angelegenheit ein und stellte fest, dass die Gehaltserhöhung für die Abgeordneten vom gesamten Kongress bestätigt oder abgelehnt werden sollte, anstatt vom Präsidium allein beschlossen zu werden. Laut Quellen aus dem Umfeld des Kongresses argumentierte das Präsidium jedoch, dass die Anordnung des Gerichts nicht im verfügbaren Teil des Dokuments enthalten sei und die Angelegenheit daher als „Verwaltungsentscheidung“ betrachtet werden könne.

Als Reaktion auf die Kritik und die Medienberichte zu diesem Thema gab das CC eine Erklärung ab, in der es klarstellte, dass es die Gehaltserhöhung nicht bestätigt habe und dass Schritte unternommen werden müssen, um die Entscheidung zu bestätigen oder abzulehnen. Ausserdem warnte es, dass der Gerichtshof von Amts wegen tätig werden könnte, wenn die verfassungsrechtlichen Bestimmungen nicht eingehalten werden.

Obwohl die Unterlagen bestätigen, dass die Entscheidung bereits vor Wochen getroffen wurde, versicherten der Präsident des Kongresses, Nery Ramos, und die erste Sekretärin, Karina Paz, am 24. Februar, dass die positive Stellungnahme des Präsidiums bis zum 25.03.25 rechtlich geprüft werde. Das von sieben Mitgliedern des Präsidiums unterzeichnete Protokoll widerspricht jedoch diesen Aussagen.

Kritik an der Erhöhung

Die Gehaltserhöhung für die Abgeordneten hat in der öffentlichen Meinung sowie in sozialen und politischen Kreisen verschiedene Reaktionen hervorgerufen, die deren Notwendigkeit vor dem Hintergrund der Haushaltsanforderungen in anderen Bereichen des Landes in Frage stellen. Auch die Tatsache, dass das Plenum des Kongresses den Beschluss nicht erörtert hat, lässt Zweifel an dem Vorgehen aufkommen. (Prensa Libre)

CC soll das CSJ anweisen, ein Ermittlungsverfahren der FECCI gegen Arévalo einzufordern

Guatemala, 25. Februar - Der Rechtsanwalt Melkin Amílcar Escobar Palma, der für die Parteien VAMOS, BIEN und CREO tätig war, hat sich wieder ins Spiel gebracht und eine einstweilige Verfügung beim Verfassungsgerichtshof (CC) eingereicht, um den Obersten Gerichtshof (CSJ) anzuweisen, aufgrund eines Antrages der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECCI) eine Entscheidung herbeizuführen, die darauf abzielt, Präsident Bernardo Arévalo seine Immunität in zwei laufenden Fällen zu entziehen. In der Klageschrift wirft Escobar Palma dem CSJ „Verzögerung und Unterlassung vor, weil er keinen Beschluss über das Ermittlungsverfahren gegen den Präsidenten der Republik gefasst hat“.

Es ist nicht das erste Mal, dass sich der Anwalt in Fälle von nationaler Tragweite einmischt. Bei den Wahlen 2023 versuchte er erfolglos, das Dekret zur Ausrufung der Wahlen für nichtig zu erklären. Er scheiterte auch mit seinem Versuch, das Oberste Gericht dazu zu bringen, die Wahl der Richter*innen des Obersten Gerichtshofs und der Berufungskammern bis 2028 auszusetzen. Sein neues Ziel ist nun Präsident Arévalo.

La Hora hatte Zugang zu der von dem Juristen eingereichten Klage und versuchte, von ihm telefonisch weitere Einzelheiten zu erfahren. Nachdem er jedoch bestätigt hatte, dass er die Klage am 24. Februar gegen 15 Uhr eingereicht hatte, legte Escobar Palma auf.

Anwalt beantragt die Anhörung der Richter*innen im Ermittlungsverfahren

In seiner Argumentation kritisiert Escobar den CSJ für dessen „Verzögerung und das Versäumnis“, einen Beschluss zu zwei Anträgen auf Anklageerhebung gegen Arévalo zu fassen.

Der erste Antrag bezieht sich auf den Fall „Korruption MICIVI: illegaler Zahlungsmechanismus“ und der zweite auf die Gründung der Partei Movimiento Semilla, die beide von der FECCI eingereicht wurden. In seinem Schriftsatz erklärt der Anwalt, dass „dieses Verfahren in der Überweisung des Falles an den Kongress oder andernfalls in der Ablehnung des Antrags gipfeln sollte“. Escobar ist der Meinung, dass ein solches Amtsenthebungsverfahren durchgeführt werden sollte, da „es sich um ein relevantes Thema im Zusammenhang mit der Korruption handelt“, das seiner Meinung nach „die Glaubwürdigkeit der Regierung und des politischen Systems im Allgemeinen beeinträchtigt“.

Es gibt ein weiteres Ermittlungsverfahren, an dem auch der ehemalige Präsident Alejandro Giammattei in seiner Eigenschaft als Abgeordneter des Zentralamerikanischen Parlaments (PARLACEN) beteiligt ist. Dabei beschuldigt der Anwalt Miguel Balsells den Präsidenten und die Vizepräsidentin sowie den SEMILLA-Abgeordneten Samuel Pérez, die Blockaden zugelassen zu haben, die 2023 in verschiedenen Teilen des Landes stattfanden, um die Ablehnung der Massnahmen der Generalstaatsanwältin María Consuelo Porras kundzutun. Escobar Palma unterstützt mit seiner einstweiligen Verfügung auch dieses Verfahren, um „die verletzten Rechte zu schützen und den Obersten Gerichtshof anzuweisen, unverzüglich über die eingereichten Klagen zu entscheiden“. (La Hora)

Kongress setzt die Kommission für Menschenrechte ein

Guatemala, 25. Februar – Mit 96 Ja-Stimmen haben die Abgeordneten des Kongress die Kommission für Menschenrechte eingesetzt. Sie steht unter dem Vorsitz des Abgeordneten von VALOR, José Luis Galindo de León und wird von Abgeordneten aller Fraktionen gebildet.

COMISIÓN DE DD.HH.

Grundlage dieser Kommission ist Artikel 273 der Verfassung und Artikel 25 des Gesetzes über die Organe der Legislative. Sie setzt sich nun zusammen aus folgenden Abgeordneten: José Luis Galindo, VALOR, Präsident; Lucrecia Carola Samayoa Reyes, BIEN; Julio César López Escobar, CABAL; Rodrigo Antonio Pellecer Rodríguez, ELEFANTE; Esduín Jerson Javier Javier, CAMBIO; Cristian Rodolfo Álvarez y Álvarez, CREO; Jorge Mario Villagrán Álvarez, AZUL; Nadia Lorena de León Torrez, NOSOTROS; Ana Lucrecia Marroquín Godoy de Palomo, UNIONISTA; Byron Bladimiro Rodríguez Palacios, TODOS; Sonia Marina Gutiérrez Raguay, WINAQ-URNG; José Inés Castillo Martínez, UNE; Marco Alejandro Pérez Toribio, VAMOS; Juan Carlos Rivera Estévez, VICTORIA; César Augusto Amézquita del Valle, VIVA; José Alberto Chic Cardona, VOS.

Die Fraktion von der Bewegung SEMILLA, die Bernardo Arévalo zum Präsidenten gemacht hat, hat keine*n Vertreter*innen in der Menschenrechtskommission, weil Fredy Orellana, der Richter der siebten Strafkammer, beschlossen hatte, die Fraktion wegen angeblicher Unterschriftenfälschung auszuschliessen. Daraufhin wies das Verfassungsgericht (CC) das Plenum des Kongresses an, die für SEMILLA gewählten Abgeordneten nicht zu Vorsitzenden der Arbeitskommissionen zu ernennen.

Die Menschenrechtskommission ist das Bindeglied zwischen dem Leiter des Amtes des Menschenrechtsbeauftragten (PDH), José Alejandro Córdova, und dem Plenum des Kongresses und kann zu den jeweiligen Berichten des PDH Stellung nehmen.

Ausserdem sieht das Organgesetz der Legislative vor, dass die Kommission aufgrund ihrer ausserordentlichen Aufgaben über eine besondere Zuweisung verfügen kann, um ihre Aufgaben zu erfüllen. (...)

Die Kommission steht auch in ständigem Kontakt mit internationalen Menschenrechtsorganisationen, um sich zu beraten und Informationen auszutauschen. (La Hora)

Preis für die exilierte Staatsanwältin Virginia Laparra

Der Sir-Henry-Brooke-Preis der Allianz für verfolgte Anwalt*innen wurde an die ehemalige Leiterin der Sonderstaatsanwaltschaft gegen die Straflosigkeit (FECI) Virginia Laparra verliehen. Mit dieser Auszeichnung würdigt die Organisation jedes Jahr eine*n Juristin oder Menschenrechtsverteidiger*in, die einen herausragenden Beitrag zum Schutz der Menschenrechte leistet. Laparra wurde wegen ihres Kampfes „gegen Korruption und organisiertes Verbrechen in Guatemala, die zu ihrer Inhaftierung führten, und für ihren engagierten Einsatz zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit“ ausgewählt.

In ihrer Dankesrede erkannte Laparra die Arbeit von Präsident Arévalo an, betonte aber zugleich, dass sie und die anderen exilierte Guatemalteke*innen noch nicht ohne Angst in ihr Land zurückkehren können. Ihre Rede ist im spanischen Original unter folgendem Link nachzulesen: <https://prensacomunitaria.org/2025/02/virginia-laparra-recibio-el-premio-sir-henry-brooke-2025-por-su-lucha-anticorruption/>.

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle Abonnent*innen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6